Nr. 38 20. Jahrg. Mittwoch, 16. Februar 1921

Fernsprecher:
Redaktion 21366 — Geschäftsstelle 15018
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M, Ausgabe B 11.25 M einschließlich Postbestellgeld
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M, Familienanzeigen 1.30 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Unerhörte deutschnationale Schmähung

„Das internationale Jesuitentum" „Die schwarze Internationale" „Schwarze Seelenräuber"

Wir durchleben jetzt eine Zeit tiefster, nationaler Not. Es ist hocherfreulich zu sehen, daß in dieser Zeit in weitesten Volkskreisen der Wille zum gemeinsamen Handeln sich zeigt. Um so bedauerlicher ist es, daß in diese Einheitsfront deutschnationale Kreise Sachsens einen grellen Mißton bringen. Einen geradezu unglaublichen Leitartikel veröffentlicht jetzt die deutschnationale „Sächsische Landeszeitung" (Nr. 7 vom 13. Februar). Schon die Art, wie das deutschnationale Blatt der Reichsregierung Schwäche vorwirft, ist angesichts des gegenwärtigen Augenblicks und vor allem in Hinsicht der durchaus einwandfreien Haltung des der Deutschen Volkspartei angehörenden Reichsaußenministers Simons ein starkes Stück. Die „Sächsische Landeszeitung" erklärt, „die Regierung sei schwach, weil ihre Scheinmacht auf tönernden Füßen ruht, weil sie nur gebildet wurde, um zu regieren und nicht, um die unvergänglichen Rechte des deutschen Volkes zu erkämpfen, zu verteidigen". Wir beneiden die Leser des deutschnationalen Blattes nicht, die sich einen derartigen Unsinn gefallen lassen müssen — und gefallen lassen. Dann sagt der Artikelschreiber, die Reichsregierung suche darum „in fortgesetzten Verhandlungen, durch fortgesetzte Zugeständnisse sich zu retten, sich zu erhalten. Nach innen, nach außen. Und wenn das Volk darüber zugrunde geht." Man beachte: Diesen Vorwurf macht das deutschnationale Blatt einer bürgerlichen Regierung. Und das, trotzdem Außenminister Simons sofort nach dem Bekanntwerden des Pariser Diktats sein Amt zur Verfügung stellte. Das scheint das deutschnationale Blatt „übersehen" zu haben. Auf solche kleine „Versehen" legt man aber wohl im deutschnationalen Lager, wie manche Vorgänge der letzten Zeit bewiesen haben, weniger Wert. Glaubt das genannte Blatt wirklich, daß es für die Männer, die jetzt an der Spitze der Reichsregierung stehen, ein Vergnügen ist, dort die Geschäfte zu leiten? Jeder vernünftige Mensch wird zugeben müssen, daß die Männer der gegenwärtigen Reichsregierung in diesem Augenblick nur restloses Pflichtgefühl veranlassen kann, weiter auf ihrem Posten auszuharren. Deshalb ist auch das Rücktrittsgesuch des Außenministers vom Reichspräsidenten nicht angenommen worden und deshalb ist er auch auf seinem Posten verblieben. Das deutschnationale Blatt hat aber den Mut — am 13. Februar 1921 — zu schreiben, die Reichsregierung suche sich zu erhalten — „und wenn das Volk darüber zugrunde geht". Aber damit nicht genug. Die deutschnationale „Sächsische Landeszeitung" wirft der Reichsregierung „Verrat am Volk, Verrat am Vaterland" vor und sagt dann wörtlich weiter:

„Warum hat sie das getan? Aus Zwang und Not? Gibt es einen Menschen, der sich aus Zwang und Not die Hände abschlagen ließe, um Angreifer nicht mehr abwehren zu können? Das internationale Judentum und das internationale Jesuitentum, die goldene und die schwarze Internationale sind es, die ein Interesse an der dauernden Schwächung des deutschen Volkes haben, die eine, weil sie sich selbst in Raubtiergier in den Besitz der dem Volke noch aus früherer Zeit verbliebenen Schätze setzen will und in dem ohnmächtigen Volke billige Arbeitskräfte erspäht, die andere, weil ein politisch entrechtetes, wirtschaftlich zermürbtes Volk auch seelisch widerstandslos wird und den schwarzen Seelenräubern als Beute in den Schoß fällt."

Wenn man das nicht schwarz auf weiß in Nr. 7 der „Sächsischen Landeszeitung" lesen würde, würde man selbst nach allem, was man bisher von deutschnationaler Seite erlebt hat, das einfach nicht für möglich halten. Aber es ist leider Tatsache: Diese Sätze sind geschrieben worden und jeder kann sie in der „Sächsischen Landeszeitung" nachlesen. Jeder anständige Mensch muß sich mit Ekel von einer solchen Kampfesweise abwenden. „Internationales Jesuitentum", „schwarze Internationale", „schwarze Seelenräuber" — das sind die freundschaftlichen Gefühle, denen ein deutschnationales Blatt Ausdruck verleiht.

Es darf bei dieser Gelegenheit wohl daran erinnert werden, daß dasselbe deutschnationale Blatt schon sechs Wochen nach der Revolution, nämlich Ende Dezember 1918, eine skandalöse Hetze gegen Jesuiten und „schwarze Internationale" entfaltet hat, und zwar in einem Augenblicke, wo damals in Dresden, Leipzig und anderen Städten Protestanten und Katholiken gemeinsame Abwehrversammlungen gegen die Bachschen Erlasse abhielten. Es sei nur an die gewaltige Kundgebung im Zirkus Sarrasani in Dresden erinnert. Jetzt — angesichts des Pariser Diktats — wiederholt sich derselbe Skandal, nur daß das deutschnationale Blatt noch einen Schritt weiter geht und sich erdreistet, von „schwarzen Seelenräubern" zu sprechen. Solche Schimpfworte findet man gewöhnlich in linksradikalen Blättern. Man sieht auch hier wieder einmal, wie die Extreme sich berühren. Wir wollen uns heute zur Jesuitenfrage selbst nicht äußern. Es wäre dem Schmähartikel und dem Blatte, das ihn als Spitzenartikel bringt, zu viel Ehre angetan, wenn wir uns näher damit befaßten. Aber vielleicht wird auch König Friedrich II., der große Preußenkönig, noch einmal des „Verrates am Vaterlande" nachträglich beschuldigt, wenn das deutschnationale Blatt erfährt, daß dieser König folgendes an seinen Gesandten Riedesel schrieb:

„Wenn sich Ihnen zufällig Gelegenheit bietet, den Papst zu sehen und zu sprechen, dann mögen Sie ihm meine Aufwartung machen und ihm dafür danken, daß er mir meine Jesuiten gelassen hat."

Wir zweifeln nicht, daß die unerhörte Schmähung des deutschnationalen Organs auch in weiten evangelischen Kreisen, die nicht auf dem Boden der Zentrumspartei stehen, schärfste Mißbilligung erfahren wird. Aber um so mehr haben wir Veranlassung, für immer festzuhalten, daß ein deutschnationales Blatt es ist, welches in schwerster vaterländischer Not den konfessionellen Frieden gebrochen hat, welches sich nicht entblödet, zu sagen, daß „die schwarze Internationale" „ein Interesse an der dauernden Schwächung des deutschen Volkes" habe, und zwar deshalb, „weil ein politisch entrechtetes wirtschaftlich zermürbtes Volk, auch seelisch widerstandslos" werde und „den schwarzen Seelenräubern als Beute in den Schoß" falle. Und dasselbe Blatt fordert dann noch die Deutschen auf, eine Front zu bilden. In einem zweiten Artikel der „Sächsischen Landeszeitung" (Nr. 7) wird erklärt, die Rettung unseres Vaterlandes aus Not und Verelendung könne „nur von der Deutschnationalen Volkspartei" kommen. Diese Partei, so wird dort erklärt, „allein verfügt über wirklich aufbauende Kräfte, sie allein kann unserem Vaterlande das wieder bringen, dessen es so dringend bedarf: Ordnung, Ruhe, Gesetzlichkeit". Wenn man diese Worte mit den vorhergegangenen Beschimpfungen vergleicht, kann man sich ungefähr vorstellen, was diese Kreise unter „wirklich aufbauenden Kräften" verstehen.

lsl.

Der Krach bei den Deutschnationalen

Innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei herrschen gegenwärtig Zustände, wie sie noch in keiner anderen Partei während der Zeit des größten inneren Tiefstandes zu verzeichnen waren. Durch den Hinauswurf des Reichstagsabgeordneten Wulle aus der Redaktion des am lautesten deutschnational schreienden Berliner Organs „Deutsche Zeitung" sind viele dieser Dinge bekannt geworden, da Wulle seine engeren Freunde in Zirkularen über die Triebkräfte unterrichtete, die gegen ihn wirksam wurden. Es sind da Dinge enthüllt worden, die geradezu haarsträubend erscheinen, und die jedenfalls einen ganz merkwürdigen Begriff von der von den Deutschnationalen angeblich gepflegten „vornehmen Gesinnung" und dergleichen geben. Die Fälle des Geldschrankknackers von den Kerkhoff, des badischen deutschnationalen Abgeordneten Wager, der Reichseigentum trotz Kenntnis dieser Eigenschaft an sich brachte und vor allem die geradezu unglaubliche Haltung des deutschnationalen Führers im Reichstage, des Abgeordneten Hergt, in der Frage der Einheitsfront, haben zu stärksten Wirrungen innerhalb der Deutschnationalen Anlaß gegeben. Nun hat ein Deutschnationaler einen Artikel verfaßt, der mit äußerster Schärfe gegen Hergt Stellung nimmt. Der Artikel ist, da er von einer deutschnationalen Seite nicht aufgenommen wurde, als Rundschreiben veröffentlicht worden. Es wird darin gesagt, daß aus vertraulichen Mitteilungen über die Verhandlungen wegen des Eintritts der Deutschnationalen in das Reichskabinett ein geradezu erschreckendes Bild von der Führerlosigkeit der Deutschnationalen Volkspartei sich ergebe. Von Hergt wird gesagt, daß er sich bei den Verhandlungen eine „vernichtende Blöße" gegeben habe, ja noch mehr, daß er eine Persönlichkeit sei, die sich durch einen „recht negativen Mut" auszeichne, „auch vor der Oeffentlichkeit für das einzustehen, was sie hinter den Kulissen verfahren hat". Es wird weiter darin festgestellt, daß Hergt überhaupt ableugnen wolle, daß Verhandlungen stattgefunden hätten. Hergt könnte von Glück sagen, daß die Deutsche Volkspartei hiervon rechtzeitig Wind erhalten habe und so loyal gewesen sei, „den Führer der Gegenpartei vor einer offenkundigen Unwahrheit zu bewahren und ihm Gelegenheit zur Selbstbesinnung zu geben". Der Schluß der Ausführungen hat folgenden Wortlaut:

„Nein, wenn einer verschwinden muß, ist es Herr Hergt selbst, und das schleunigst, auf jeden Fall noch vor den Wahlen. Von einer so raschen und einschneidenden, selbstkritischen Tat werden auch die Gegner schweigen müssen, die nur zu genau wissen, wer den unglückseligen Fall Kerkhoff so verfahren hat, und Hergt auch den Fall Marx (es handelt sich um einen Brief Hergts an einen jüdischen Antragsteller, dem rundheraus gesagt wird, daß auch Juden in der Deutschnationalen Volkspartei sich betätigen könnten, wenn sie nur dafür sorgten, daß sie durch Hergabe höherer Mittel den nötigen Einfluß sich verschaffen!!) noch nicht vergessen haben. Der Fall Hergt-Riesser ist ein neuer Beweis, wie sehr Herr Hergt die Erkenntnis der Tragweite seiner Handlungen vermissen läßt. An die Spitze der Deutschnationalen Volkspartei muß endlich eine Persönlichkeit treten, kein schwankendes Rohr mit peinlichsten Angriffsflächen. Herr Hergt muß seinen Traum, nach dem 20. Februar preußischer Ministerpräsident zu sein, mit dem Demokraten Dominicus als Innenminister und dem Jesuiten Porsch als Kultusminister — so gingen doch wohl die Vorbesprechungen, Herr Hergt, nicht wahr? — aufgeben. Die „Vertraulichen Mitteilungen" schließen lediglich das Urteil ab, das sich weiterverbreitende und auf eine Tradition sich stützende Kreise der Deutschnationalen Volkspartei schon längst gebildet haben. Predigen wir Reinlichkeit des politischen Lebens, fordern wir die politische Führung im neuen Deutschland für uns, dann müssen wir zunächst an uns zeigen, daß wir diese Forderungen zu erheben auch berechtigt sind. Diesem Zwecke sollen diese, wie gesagt, etwas sonderbar erscheinenden, aber unbedingt notwendigen Zeilen dienen."

Es kann uns natürlich nicht einfallen, auf die Einzelheiten der eben aufgeführten Mitteilungen einzugehen. Um weiter zu zeigen, wie es innerhalb der Deutschnationalen aussieht, ist auch folgendes von Interesse: Bekanntlich besteht innerhalb der Deutschnationalen, die ja an sich antisemitisch sind, noch ein besonderer Flügel, der den Kampf gegen die Juden mit einem verschärften Nachdruck führt. Unter dem Deckmantel der Agitation dieses Flügels haben beispielsweise die deutschnationalen Abgeordneten von den Kerkhoff, Arendt, Fräulein von Gierke und deren Vater, der berühmte Berliner Rechtslehrer von Gierke, die Deutschnationale Partei verlassen müssen. Jetzt wird sogar von den Vertretern dieses Flügels gegen Dr. Helfferich Stellung genommen. In den „Deutschvölkischen Monatsheften" heißt es zum Beispiel über Helfferich: „Auch er, Helfferich, gehört zu jenen, die die Deutschvölkischen zur Wahl in Anspruch nehmen, sie aber nachher nicht kennen. Ein Wort Helfferichs, ausgesprochen nach den letzten Reichstagswahlen, ist hierfür bezeichnend: Mit dem Wahltage ist der Antisemitismus in der Deutschnationalen Volkspartei vorbei! Helfferich ist belastet mit den Ahnen des ancien regime und wird die einer Reform in unserem Sinne nützen können. Helfferich gehört zu denen, welche die neue Zeit nie verstehen werden und stets nach den alten Zuständen schreien! Wir wollen aber nicht mehr das Deutsche Reich, das von einem Dutzend Juden, die das in die Reichsbank teilen, an der Nase herumgeführt wird. Wir wollen nicht mehr das alte Deutsche Reich, in welchem neujüdischer Adel dominierte. Aber das neue Deutsche Reich wird uns Helfferich nicht bringen! Seine ganze Vergangenheit ist eine unendlich lange Kette von Beweisen seiner großkapitalistischen Gesinnung!" Helfferich wird dann weiter vorgeworfen, daß er das von ihm seinerzeit aufgestellte Hindenburgprogramm lediglich auf die großindustriellen und großkapitalistischen Interessen abgestellt habe. Es heißt dann weiter: „Die heutigen Steuern sind mit zu gewissen Teilen die Folgen der falschen Helfferich-Politik. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich heute behaupte, daß unter solcher Leitung der Deutschnationalen Volkspartei diese ihre großkapitalistische Politik lieber heute als morgen wieder aufnimmt. Tatsächlich sind ja auch vermögende Juden oder deren Söldlinge innerhalb der Partei — nicht ohne Grund. Jude jüdelt sich eben auch hier bei uns einzudrängen, um, wie in der Deutschen Volkspartei, die Führung innezuhaben — Nieser — und sachlich — Wiemer und der jüdisch verbetterte Helfferich — zu übernehmen."

Um diese Ueberflüssigen loszuwerden, müssen wir noch einmal auf den Fall von den Kerkhoff zurückkommen. Die deutschnationale Presse schweigt sich immer noch darüber aus, Kerkhoff hatte behauptet, daß ein ehemaliger Steuersekretär die Geheimbücher und Steuererklärungen im Einkauf genommen habe, die nunmehr verschwunden sind. Das Elberfelder sozialdemokratische Blatt, die „Freie Presse", erlaubt sich nun die indiskrete Frage, ob dieser namenlose Steuersekretär nicht ein junger Mann namens Behrens sei, der beim Landesfinanzamt Elberfeld beschäftigt war. Dieser Steuersekretär Behrens habe von dem Herrn Kerkhoff eine Einladung zu einem Mittagessen in einem Elberfelder Hotel erhalten, und zwar als er, der auch durch stark deutschnationale Gesinnung auffiel, noch Steuersekretär war. Der Einladungsbrief sei zwei pflichtbewußten Beamten in die Hände gefallen. Zufälligerweise erachteten diese Leute es für notwendig, mit großer Energie dem Fall von den Kerkhoff nachzugehen. Dann hatten sie nicht lange Gelegenheit. Es wurde wahrscheinlich „ernstlich gemahnt". Einer von ihnen erhielt bald darauf sein Versetzungsdecret nach Neukölln, und der andere wurde nach Wörlitz versetzt, nachdem man ihn zum Steuerinspektor befördert hatte. Der ehemalige Steuersekretär Behrens aber sei heute beim Fabrikantenverein tätig und hat dort wahrscheinlich auch „Steuergesetzlücken zu schließen"." Wir müssen dem bezeichneten Elberfelder Blatte die Verantwortung für diese Einzelheiten überlassen. Wenn wir aber noch an den nunmehr gekündigten „Konsul" Simon erinnern, der in einem großen Millionenschieberprozeß verwickelt und nunmehr im Auto nach dem Auslande geflüchtet ist, an denselben Simon, der sich rühmte, der Arrangeur der ganzen gegen Erzberger gerichteten Agitation gewesen zu sein und dem Dr. Helfferich das Material gegen Erzberger geliefert zu haben, an denselben Simon, der eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und sogar als deren Vertrauensmann tätig sei, dann dürfte man doch ein Bild von Zuständen in dieser Partei bekommen, die so leicht nicht überboten werden können. Ob eine solche Partei die Berechtigung hat, sich als Hüterin der politischen Reinheit und der politischen Moral aufzuspielen, wollen wir getrost dem Urteil der Leser überlassen.

SLUB
Wir führen Wissen.